

# Positionspapier des Studentischen Konvents

9. November 2020

**Studentischer Konvent**  
**Turnstraße 7**  
**91054 Erlangen**

[stuve.fau.de](http://stuve.fau.de)  
[stuve-konvent@fau.de](mailto:stuve-konvent@fau.de)

**Antragssteller:**  
Richard Schmidt (Juso-HSG)

## **1 Unterstützung der Initiative LIBOS**

### **2 Positionen:**

- 3 Der studentische Konvent der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg unterstützt die
- 4 Initiative LIBOS (Landkreisübergreifendes interkommunales Bündnis für den Ostast der Stadt-
- 5 Umland-Bahn) in ihrer Forderung, die Planungen für den Ostast der StUB aufrechtzuerhalten.
- 6 Die betroffenen Kommunen und Landkreise werden aufgefordert, eine neue Kosten-Nutzen-
- 7 Untersuchung bezüglich des Ostastes der StUB durchzuführen und dabei insbesondere klimapo-
- 8 litische Aspekte gegenüber der Untersuchung von 2012 stärker zu gewichten.
- 9 Die Landesregierung, insbesondere die zuständigen Staatsministerien für Umwelt und Ver-
- 10 braucherschutz und für Wohnen, Bau und Verkehr wird aufgefordert, durch das Bereitstellen
- 11 ausreichender Fördergelder die betroffenen Kommunen bei der Realisierung des Ostastes mit
- 12 dem Ziel einer zeitnahen Realisierung finanziell zu unterstützen.

## **Begründung**

Von einer Stärkung des ÖPNV durch den StUB-Ostast profitieren insbesondere die Studierenden im Umland der FAU, die vielerorts mangels praktikabler Alternativen gezwungen sind, mit dem eigenen PKW zur Uni, oder zumindest zu ÖPNV-Knotenpunkten zu pendeln. Für viele würde eine Erschließung der östlichen Landkreise eine erhebliche Kostenersparnis bedeuten und den Besitz eines eigenen PKW überflüssig machen.

Studierenden aus den östlichen Teilen der Landkreise Erlangen-Höchstadt und Forchheim stünde durch die Realisierung des T-Netzes (siehe Abbildung 1) mit Anbindung an die Gräfenbergbahn eine klimafreundliche und gegenüber der Anreise mit dem Bus komfortablere wie auch zeiteffizientere Möglichkeit zur Verfügung, zu den Universitätsstandorten zu pendeln.

Darüber hinaus sind Maßnahmen, die zu einer Verlagerung von PKW-Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel führen, unter klimapolitischen Gesichtspunkten generell zu befürworten (Siehe Abbildung 2).

